

V-3-206 Die Lage in Israel und Palästina und die Auswirkungen auf unser Zusammenleben in Berlin

Antragsteller*in: Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu V-3

Von Zeile 205 bis 207 einfügen:

evakuieren, die dringend medizinische, psychologische und soziale Hilfe brauchen. Der schwarz-rote Berliner Senat muss sich gegenüber der schwarz-roten Bundesregierung mit Nachdruck für ein sogenanntes Einvernehmen gemäß § 23 Aufenthaltsgesetz einsetzen. So können wir von Berlin aus einem Beitrag leisten, um das unerträgliche Leid in der Region zu lindern.

Begründung

Ein sogenanntes Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium gemäß § 23 Aufenthaltsgesetz ist eine notwendige Bedingung für die erfolgreiche Umsetzung des hier zu Recht geforderten Aufnahmeprogramms für besonders schutzbedürftige Menschen aus dem Gazastreifen und Israel. Der schwarz-rote Berliner Senat sollte sich gegenüber der schwarz-roten Bundesregierung für ein entsprechendes Einvernehmen einsetzen.

Vgl. Beschlusslage der SPD Berlin: Einrichtung einer Landesaufnahmeregelung und eines Landesaufnahmeprogramms für Menschen in Gaza zur Linderung der humanitären Katastrophe, Beschluss zu Antrag 92/II/2024: https://parteitag.spd.berlin/cvtx_antrag/einrichtung-einer-landesaufnahmeregelung-und-eines-landesaufnahmeprogramms-fuer-menschen-in-gaza-zur-linderung-der-humanitaeren-katastrophe/

Unterstützer*innen

Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Johannes Miham (KV Berlin-Mitte); Gülsah Bayar (KV Berlin-Mitte); Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg); Samira Tanana (KV Berlin-Neukölln); Johannes Feldker (KV Berlin-Reinickendorf)